

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/155

15. August 1972

Sorge um den älteren Mitmenschen

Altenhilfe - gesellschaftspolitische Priorität
der Bundesregierung

Von Dr. Katharina Focke MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundes-
kanzler

Seite 1 und 2 / 33 Zeilen

Entwicklungshilfe - Qualität verbessert

Der Anteil von Zuschüssen nimmt zu

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit

Seite 3 / 26 Zeilen

Presse- und Journalistenfreiheit

Notwendige Bemerkungen zur "Quick"-Affäre

Seite 4 / 44 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Sorge um den älteren Mitmenschen

Altenhilfe - gesellschaftspolitische Priorität der Bundesregierung

Von Dr. Katharina Focke MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler

Die Situation und Probleme der älteren Menschen war das Thema eines Informationsgesprächs, zu dem der Bundeskanzler am 10. August Vertreter der Wissenschaft und Fachleute der sozialen Verbände eingeladen hatte. In dem über zwei Stunden dauernden Meinungsaustausch, an dem auf Seiten der Bundesregierung neben dem Bundeskanzler die Bundesminister Frau Strobel und von Dohnanyi und die Parlamentarischen Staatssekretäre Focke, Rohde und Westphal teilnahmen, wurde in aller Offenheit, fachkundig und konstruktiv untersucht, unter welchen Bedingungen unsere älteren Mitbürger heute leben, welche Maßnahmen für die Verbesserung ihrer Lage ergriffen worden sind und was zu tun bleibt.

Seit Jahren beobachten wir in der BRD eine ständige Zunahme der Mitbürger, die über 65 Jahre sind, und die Bevölkerungsstatistiker sagen uns ein weiteres Steigen bis 1980 voraus. Wir müssen damit rechnen, daß durchschnittlich mindestens 12 vH. der Bürger unseres Landes über 65 Jahre alt sein werden und in aller Regel nicht mehr im Erwerbsleben stehen werden. Aus diesen Fakten erwachsen uns besondere Verpflichtungen, deren größte ist, eine Desintegration dieser Menschen aus unserer Gesellschaft zu verhindern und sicherzustellen, daß sie eine anerkannte Rolle in dieser Gesellschaft - d.h. für uns alle - innehaben. Ohne öffentliche Hilfe ist dies heute nicht mehr möglich. Die Entwicklung der BRD zu einer modernen Leistungsgesellschaft mit der immer größer werdenden Mobilität der Bevölkerung hat ungewollt dazu geführt, daß als Folge des gesellschaftlichen Wandels - insbesondere des Familienbildes - viele ältere Menschen von Vereinsamung bedroht sind und sich die Öffentlichkeit ihrer Versorgung annehmen muß.

Dem Ziel der Regierungserklärung folgend, sich besonders der Benachteiligten anzunehmen, hat die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition eine Reihe wichtiger Reformvorhaben, die die Lage der älteren Mitbürger entscheidend verbessern helfen, durchgeführt oder in die Wege geleitet. Die Verbesserung und Dynamisierung der Kriegspfeerversorgung, einschließlich der Witwen- und Schwerbeschädigtenrenten, die Abschaffung und Rückzahlung des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner, das auch und gerade für alte Menschen konzipierte Sozialprogramm im Rahmen des langfristigen Wohnungsbauprogramms, die Vorlage des Rentenreformprogramms, von dem die Regierung hofft, daß es im Interesse der Rentner noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, die Vorlage des Ent-

wurfs eines 3. Änderungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz gehören genauso dazu wie die Mitarbeit des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit am sog. Heimgesetz, das der Bunderrat vorgelegt hat, die Erhöhung der Förderungsmittel für Gerontologie in einem Ausmaß, wie es keine Regierung vorher leistete, die Herausgabe einer Informationsreihe für ältere Bürger mit der ersten Broschüre "Sonniger Herbst" und ihrer Fortsetzung im Herbst mit einer Informationsschrift über Institutionen der Altenhilfe, sowie die Förderung von 41 Modellvorhaben, die Initialzündung für Vorhaben der Länder, Kommunen und freien Trägerverbände sein sollen.

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge gibt es noch eine Reihe von Aufgaben, die durch eine intensiviertere Politik für ältere Menschen - zu der Bund, Länder, Gemeinden, freie Träger und die Wissenschaft aufgerufen sind - gelöst werden müssen. Ein vorrangiges Problem, das die Altenhilfepolitik, die sich im Spannungsfeld zwischen Bevormundung und Vernachlässigung der älteren Mitbürger bewähren muß, zu lösen hat, ist die Frage der Versorgung mit Serviceleistungen.

Die Wahrung der Selbständigkeit und einer eigenen Haushaltsführung ist - wie sämtliche Untersuchungen und Meinungsbefragungen ergeben haben - der Wunsch der überwiegenden Zahl der älteren Menschen. Eine Altenpolitik, die diesen Wunsch respektiert, muß daher in erster Linie offene Altenhilfe betreiben, d.h. sie muß ambulante Dienste, wie Mahlzeitdienste, Haushaltshilfen, Wäschedienste u.ä.m. verstärkt bereitstellen.

Sowohl bei der Unterbringung in Heimen, als auch im kommunalen Leben ist die Mitbestimmung, Mitberatung und Mitsprache der älteren Bürger zu fördern. Die in einzelnen Gemeinden bestehenden "Seniorenräte" haben sich hervorragend bewährt. Ein weiteres dringliches Problem stellt der Anteil der pflegebedürftigen älteren Menschen dar. Die Frage der Gewinnung einer ausreichenden Zahl qualifizierten Pflegepersonals muß genauso gelöst werden, wie den Pflegeheimen der Charakter einer "letzten Station" genommen werden muß. Vorsorge gegen Pflegebedürftigkeit und Rehabilitation bei Pflegebedürftigkeit auch im Alter müssen Eingang in die Praxis finden.

Der Erfolg jeder Politik für die ältere Generation hängt entscheidend davon ab, daß es ihr gelingt auch die jüngeren Generationen anzusprechen. Im Erziehungs- und Bildungswesen sollte ein vorurteilsfreies und realistisches Bild der älteren Menschen vermittelt werden. Im Arbeitsleben bereits sollte jeder Bürger auf das Alter und den Eintritt in den Ruhestand vorbereitet werden. Derjenige wird sich im Alter am wohlsten fühlen und aktiv am Gemeinschaftsleben teilnehmen können, der sich frühzeitig mit den Problemen bewußt auseinandergesetzt und darauf vorbereitet hat. (-/ex/15.8.1972/ks)

Entwicklungshilfe - Qualität verbessert

Der Anteil von Zuschüssen nimmt zu

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Wirkung von Entwicklungshilfe hängt nicht nur von den absoluten Zahlen der Kredite und Zuschüsse ab, sondern auch von ihrer Zusammensetzung.

Die seit 1969 geltenden Standardkonditionen in der Kapitalhilfe (2,5 vH. Zins, acht tilgungsfreie Jahre, 30 Jahre Laufzeit) hatten, verglichen mit kommerziellen Konditionen, einen Zuschußanteil von 61 vH. Die neuen Konditionen, die seit Mitte 1972 angewandt werden (2 vH. Zins, zehn Freijahre, 30 Jahre Laufzeit), bedeuten, daß zwei Drittel (67 vH.) Zuschuß enthalten ist. Und die neuen Konditionen für die 25 ärmsten Länder (0,75 vH. Zins, zehn Freijahre, 50 Jahre Laufzeit) bedeuten, daß mehr als 4/5, genau 84 vH. Zuschuß sind. Im Jahr 1971 wurden die deutschen Kapitalhilfekredite so vergeben, daß sie im Schnitt 64,5 vH. Zuschußanteil enthielten. Im Jahr 1968 waren es erst rd. 53 vH. Zuschuß-Element.

Überdies nimmt der Anteil der Zuschüsse durch das im Vergleich zu den Krediten überproportionale Ansteigen der Technischen Hilfe und der multilateralen Hilfe weiter zu. Im letzten Jahr waren bereits nahezu zwei Drittel, genau 65,8 vH. unserer öffentlichen Netto-Hilfe, Zuwendungen, nur noch 34,2 vH. waren Kredite; 1968 waren 48,2 vH. Zuschüsse und 51,8 vH. Kredite.

Da unsere Kredite in sich ein hohes Zuschußelement hatten, ergab sich 1971 ein Zuschußanteil von insgesamt 83,7 vH., bezogen auf die gesamte öffentliche Hilfe.

Je mehr die Entwicklungsländer verschuldet sind, desto wichtiger wird die Qualität der Hilfe. Dem hat die Bundesregierung in den letzten Jahren Rechnung getragen. Und sie wird es weiter tun.

(-/ex/15.8.1972/ks)

+ + +

Presse- und Journalistenfreiheit

Notwendige Bemerkungen zur "Quick"-Affäre

Die öffentliche Meinung - und nicht nur die in der Bundesrepublik - muß dem Franz Josef Strauß im Grunde dankbar sein, daß und wie er sich zu der "Quick"-Affäre geäußert hat. Er erinnerte damit an seinen bisher schlimmsten Beitrag, den er zum Schaden Deutschlands geleistet hat und zeigte, daß man hierzulande selbst als Bundesminister "etwas außerhalb der Legalität" handeln, daß man dann zwar geschont, aber dennoch weiter angehört und sogar Oberkandidat für das Amt des Bundeskanzlers werden kann. Für sich genommen, das muß man zugeben, eine tolle Leistung! Um dafür Respekt zu erhalten, muß man allerdings zur Rechten gehören.

Aber Franz Josef Strauß blieb nicht allein. Da überfiel den vorläufigen Kandidaten für das Bundeskanzleramt im Urlaub die Sorge um Deutschland und er kehrte heim es zu erlösen. Wer ihn gerufen hatte? Die Sensation! Über die Tatsachen könne er noch nichts sagen, über sie wolle er sich erst informieren. Man möchte gern wissen, wie das geschieht. Denn außer Polemik, außer Vermutungen, Andeutungen und Behauptungen, außer Maßlosigkeit in der Phantasie möglicher Motive, Anlässe oder Hoffnungen, ohne unverhüllte Zweideutigkeiten über das Verhalten der Bundesregierung gibt es nur magere, beunruhigend dürftige Tatsachen.

Jedenfalls bis heute. Das kann sich noch ändern, wenn Details bekannt werden, über die in Bonner Pressenhäusern bisher geflüstert wird. Wir haben keinen Zweifel, daß gewisse Zeitungen dann sehr schnell berichten werden, wenn sie eine Chance sehen, etwas zu schreiben, was die sozialliberale Koalition belasten könnte. Vielleicht lesen wir dann aber auch nur einige Zeilen, falls wir sie im Innern dieser Blätter finden, solcher Zeitungen, die es zuweilen nicht so genau nehmen mit ihrer Pflicht zur vollständigen und wahrheitsgemäßen Information der Leser.

Aber für diese, die Bürger des Staats, ist das Postulat der Pressefreiheit entwickelt worden, nicht für politische Sympathien oder Antipathien der Journalisten oder Verleger. Vor mehr als hundert Jahren hat einer der Großen unter den Presseleuten deutscher Sprache auf den Unterschied zwischen "Pressefreiheit und Journalistenfreiheit" - er hat es so formuliert - warnend und mahnend hingewiesen.

Was bei "Quick" geschah, wo "Schmiergelder" offenherzig als solche bezeichnet wurden, sollte Journalisten und Verleger in einer Front in Abwehr gegen solche Methoden und Prinzipien verbinden. Wer aber Zuflucht sucht und findet zu irgendwelchen Randgeschehnissen, Aussagen, Mißverständnissen, erweckt den Eindruck, er solidarisiert sich mit denen, die Journalismus als Hintertreppenklatsch und als Gelegenheit zum Austoben eines snobistischen Intellektualismus ansehen. Das wäre das Ende der respektierten Presse.

Fritz Säger
(-/cx/15.8.1972/ks)